

AHS- INFORMATION

Nachrichtendienst der AHS-Gewerkschaft

An alle
Gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse
und Landesleitungen

Wien, am 22. Juni 2017

RUNDSCHREIBEN 10 (Schuljahr 2016/2017)

„Autonomiepaket“ Zweite Resolution der Arge-Lehrer/innen

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

In der Beilage übermitteln wir Ihnen die aktuelle Resolution der Arge-Lehrer/innen zum „Autonomiepaket“ und die Forderungen der Arge an die künftige Bundesregierung.

Mit kollegialen Grüßen

Mag. Herbert Weiß e.h.
Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft

Mag. Michael Zahradnik e.h.
Vors.-Stellv.

Mag. Georg Stockinger e. h.
Vors.-Stellv. u. Besoldungsreferent

Autonomiepaket

25er-Zahl sowie Eröffnungs- und Teilungszahlenverordnung müssen bleiben!

Das vorliegende Autonomiepaket musste mit der politischen Vorgabe der Kostenneutralität geschnürt werden. Aus diesem Grund handelt es sich in erster Linie um ein Struktur- und Schulorganisationspaket, das uns bei den großen pädagogischen Herausforderungen im schulischen Alltag (Integration, Inklusion, Diversität, etc.) kaum helfen wird.

In schwierigen Verhandlungen ist es uns aber gelungen, dem inakzeptablen Erstentwurf viele „Giftzähne“ zu ziehen und Lösungen im Sinne von Autonomie und Freiwilligkeit am Standort zu finden.

Auch wenn bezüglich der autonomen Gestaltung von Gruppen- und Klassengrößen Mitwirkungsrechte der Schulpartner und der Personalvertretung erreicht werden konnten, stellt die ARGE Lehrer/innen mit Bedauern fest, dass das Bildungsministerium eine Fixierung der Klassenschülerhöchstzahl 25 bzw. der Eröffnungs- und Teilungszahlen ablehnt. Das ist für uns pädagogisch und organisatorisch nicht zukunftsweisend und daher nicht vertretbar.


Daher fordert die ARGE Lehrer/innen im Namen aller Lehrer/innengewerkschaften die parlamentarischen Klubs auf und appelliert an das Verantwortungsbewusstsein aller Abgeordneten, sich bei den Beratungen zum Autonomiepaket für Verbesserungen im Sinne der Pädagogik und im Interesse unserer Schüler/innen einzusetzen, unter anderem für niedrige Klassen- und Gruppengrößen.

Jede Vergrößerung der Klassen und der Schüler/innengruppen ist für die ARGE Lehrer/innen in der GÖD inakzeptabel!

Wir halten fest, dass Teile des zwischen SPÖ, ÖVP und Grünen akkordierten Gesetzespakets (Modellregionen für eine gemeinsame Schule, „Mischcluster“, also Cluster mit Bundes- und Pflichtschulen, etc.) nie mit der Gewerkschaft verhandelt worden sind und deshalb keine sozialpartnerschaftliche Einigung vorliegen kann.

Die ARGE Lehrer/innen fordert von Österreichs Politik endlich Reformen FÜR unsere Schulen. Reformen, die die Praxiserfahrung der Lehrer/innen berücksichtigt. Reformen, die Rahmenbedingungen für ihr pädagogisches Wirken verbessern.

Für die ARGE Lehrer/innen


Paul Kimberger
Vorsitzender der APS-Gewerkschaft und der ARGE Lehrer/innen


Roland Gangl
Vorsitzender der BMHS-Gewerkschaft und Vorsitzender-Stellvertreter der ARGE Lehrer/innen


Thomas Bulant
Vorsitzender-Stellvertreter der APS-Gewerkschaft und der ARGE Lehrer/innen


Herbert Weiß
Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft


Judith Roth
Vorsitzende der Gewerkschaft Berufsschule


Dominikus Plaschg
Vorsitzender der Gewerkschaft Landwirtschaftslehrer/innen

Wien, 22. Juni 2017

Diese Resolution ergeht an alle National- und Bundesratsabgeordneten im Österreichischen Parlament.



Die ARGE Lehrer/innen in der GÖD fordert Österreichs künftige Bundesregierung dazu auf, die Basis für ein erfolgreiches Schulwesen wiederherzustellen, indem Österreichs Schulen (zumindest) der Anteil am Brutto-Inlandsprodukt zur Verfügung gestellt wird, der dem internationalen Mittelwert entspricht. Um dies zu erreichen, ist der Anteil am Budget, der dem Schulwesen gewidmet wird, um 2 Milliarden Euro pro Jahr zu erhöhen.

Begründung:

Österreichs Schulwesen blickt auf zwei Jahrzehnte zurück, die von einer Abfolge schmerzlicher Sparmaßnahmen auf Kosten der Schulen geprägt waren. Im Jahr 1999 war Bildung Österreichs Politik im internationalen Vergleich noch besonders viel wert. 4,2 % des Brutto-Inlandsprodukts bildeten die finanzielle Basis für Österreichs Schulwesen, der Mittelwert aller OECD-Staaten lag damals erst bei 3,6 %.

Auch die aktuelle Ausgabe der OECD-Studie „Education at a Glance“ bestätigt, dass der BIP-Anteil für Österreichs Schulwesen seit 1999 von 4,2 % auf 3,2 % reduziert wurde, während dieser Anteil im Mittel aller OECD-Staaten von 3,6 % auf 3,8 % erhöht wurde.

„Die Ausgaben für Bildung in % des BIP sind ein Maß für die Priorität, die dem Bildungswesen im Rahmen der Ressourcenverteilung zukommt.“ (Statistik Austria (Hrsg.), Bildung in Zahlen 2015/16. Schlüsselindikatoren und Analysen (2017), S. 122)

Österreichs Schulwesen stehen jährlich um 2 Milliarden Euro weniger zur Verfügung, als es dem internationalen Mittelwert von 3,8 % des BIP entspräche. Die ausreichende Dotierung des Unterrichtsbudgets ist keine Garantie, aber eine unverzichtbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Schulpolitik, die Österreichs Schulwesen in eine gute Zukunft führt.

Wien, 22. Juni 2017

